

Englische und französische Stimmen

London, 1. Juli. Die Presse veröffentlicht die deutsche Antwort in der Frage der Militärkontrolle und bezeichnet sie als Annahme der alliierten Forderung. Es wird der verbindliche Ton der deutschen Antwort hervorgehoben und im allgemeinen darauf hingewiesen, daß die von gewissen Pariser Blättern verbreiteten Gerüchte über den abnehmenden Inhalt der deutschen Note jeder Grundlage entbehren. — Der Pariser Berichterstatter der "Weltminister Gazette" schreibt: Die deutsche Antwort erweist sich als weit befriedigender, als in Paris in den letzten Zeiten erwartet wurde. In verantwortlichen französischen Kreisen hoffte der Einfluß vor, daß die deutsche Annahme einen wichtigen Schritt vorwärts bedeute. — Der Berichterstatter der "Morningpost" schreibt: Der verbindliche Ton der deutschen Note überzeugte die Pariser Presse, die vorher den Lesern versichert hatte, daß die Note Bedingungen enthalte, die für die Alliierten vollkommen unannehmbar seien.

Paris, 1. Juli. Die deutsche Antwort wird Gegenstand einer Beratung des interalliierten Komitees in Versailles sein und erst hierauf von der Botschafterkonferenz wahrscheinlich in ihrer nächsten Sitzung zur Sprache gebracht werden. Die Prüfung der Schriftstücke soll mit größter Sorgfalt vorgenommen werden.

Die amtlichen Pariser Kreise legen sich in ihrer Verteilung große Zurückhaltung auf, der verbindliche Charakter der Note wird indessen allgemein zugegeben, und es berichtet offenbar angenommen, daß die Note keine Vorbedeute äußert, die ihr Pariser Leitartillerie vorzeitig zugeschrieben haben.

Als Fortschritt gegenüber früheren Dokumenten ähnlichen Inhalts wird angelehnt, daß die Reichsregierung sich beharrlich auf die öffentliche Meinung in Deutschland beruft. Was die Bitte der Reichsregierung anbelangt, auf den 30. September das Ende der Tätigkeit der Kontrollkommission festzulegen, so steht man hier auf dem Standpunkt, daß die Erfüllung dieser Bitte von dem Grade der Unterstüzung abhängt, die die Reichsregierung der interalliierten Kommission bei der Wiederaufnahme der Kontrolle angeboten lassen wird.

In Oppositionskreisen wird in der üblichen Weise Alarm geblasen. Ein Mitglied des nationalen Blocks Major Procard hält sich vor allem über die Begrenzung der Kontrolle bis zum 30. September auf. Die Blätter, die in den letzten Tagen in den Oppositionsteilen bereits die stursten Voraussagen über den Inhalt der deutschen Note gemacht und u. a. von gewissen Vorbehalten gesprochen hatten, die sich tatsächlich in der deutschen Note aber nicht vorhanden, nehmen jetzt ihre Rüstung zu der Ausrede, daß sich ihre Mitteilungen auf eine erste Fassung der Note bezogen hätten, die in Berlin den alliierten Vertretern vorgelegen habe, und die auf deren Drängen in leichter Stunde abgeändert worden sei.

Die neuen Mikumverträge

Herabsetzung der Kohlenpreise.

Berlin, 1. Juli. Die Verhandlungen zwischen der Mikum und der Sechskommision führten zu folgendem Ergebnis: Das Abkommen gilt vom 1. Juli bis zur Inkraftstellung des Sachverständigen Gutachtens. Es kann jedoch beiderseits zu jedem Monatsanfang mit einer Frist von 10 Tagen gekündigt werden.

Die Bestimmungen des heutigen Vertrages sind dieselben wie diejenigen des Abkommens vom 15. April mit folgenden Änderungen:

a) Die laufende Kohlensteuer wird auf 75 Pf. festgesetzt. b) Die Ein- und Ausfuhrabgabe (Verkehr mit dem Ausland), sowie die Zulieferungs- und Ablausgebühren (Verkehr mit dem unbefestigten Gebiet), der Konzerne und Zechen werden auf die höchste herabgesetzt. c) Die Verkehrsabgabe für die Nebenprodukte wird auf 1 Prozent erhöht. Die Lieferung von Nebenprodukten wird auf folgende Prozente der Herstellung festgesetzt: 10 Prozent für Bengol (wie bisher), 6 Prozent für Fleisch (statt bisher 10 Prozent), 8 Prozent für schwefelsaures Ammonium und die übrigen Nebenprodukte (statt bisher 10 Prozent). Die unter a bis c genannten Genehmigungen erhalten zwölfmonatige Kraft vom 15. Juni ab.

Für die Streikzeit vom 1. Mai bis 17. Juni einschließlich wird an die Reparationsbrennstoffe zu liefernde Menge auf 27 v. H. der Aufhördauer der Zechen in diesem Zeitraum ermäßigt. — Vor Unterzeichnung des vorstehenden Abkommens hat die Sechskommision ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Verlängerung des Abkommens für den Monat August von der Möglichkeit der Finanzierung abhängt. Sie wird hierüber in den nächsten Tagen verhandeln und hat der Mikum gegenüber sich vorbehalten, falls diese Verhandlungen eine Finanzierungsmöglichkeit nicht ergeben, den Vertrag abzubrechen zum 31. Juli zu kündigen.

In der Dienstagsitzung der Besitzer des Rohrgebietes, in welcher zu erwarten ist, ob mit Rücksicht auf den lange bestehenden Absatzmangel die gegenwärtige Beteiligungsziffer der Zechen bis zu 45 v. H. erhöht werden kann, soll auch die Frage der Herabsetzung der Kohlenpreise zur Erhöhung des Absatzes besprochen werden. Die Bekanntmachung der Beteiligungsziffer würde eine entsprechende Förderbereitschaft der Zechen und somit Einlegung von Zeitschriften zur Folge haben. Man rechnet in den beteiligten Kreisen mit einer Herabsetzung um 15 v. H.

Die Wirkung

Berlin, 1. Juli. Die gestern in später Nachstunde zustandegekommene Verlängerung der Mikumverträge veröffentlicht in Berliner Presse und Zeitungen die Beurteilung hinsichtlich der weiteren Entwicklung der rheinisch-westfälischen Industrie. Dass einige geringfügige Rendierungen des Vertrages vorgenommen worden sind, ändert nichts an der Tatsache, daß die deutsche Industrie unter dem Druck der Mikumlasten bereits zusammenbricht. Auch sonst liegen heute nur Nachrichten vor, die die allgemeine Wirtschaftslage als außerordentlich kritisch erscheinen lassen.

Auch für die Worte bleibt die Situation ernst. Es hat sich bereits herausgestellt, daß die neue Haushalt in Kriegszeit nicht ein Ergebnis stürmischer Deckungsfähigkeit war. Die waghalsigen Spekulationen mit diesem Papier bilden für die Worte eine neue Quelle der Unsicherheit und des Mißtrauens. Dass die fertige Banknoten den Kurstreibereien am Anteilemarkt fernbleibt, erfüllt sich ja auch schon aus den Ausführungen Dr. Solomonohns während der Generalversammlung der Diskontgesellschaft, der ausdrücklich betonte, daß führende Parlamentarier versichern, daß an eine Ausweitung nicht gedacht werden könne. Man nimmt deshalb an, daß der geistige Anteilemarkt heute eine gewisse Ernüchterung zeigen wird.

Die Teilnahme an der Londoner Konferenz

Paris, 1. Juli. (Drahtbericht.) Außer Italien, Belgien und Frankreich, haben auch die Vereinigten Staaten die Einladung zu der Konferenz am 16. Juli angenommen. Wie verlautet, sollen Polen und die Tschechoslowakei nicht zur Konferenz eingeladen werden.

Poincaré schläft nicht

Paris, 1. Juli. (Drahtbericht.) Die Fraktion "Union républicaine" des Senats, hielt gestern unter dem Vorsitz ihres Chefs, des früheren Ackerbauministers, eine Versammlung ab. Sie beauftragte ihr Büro einen Programmmonteur für die Fraktion aufzustellen. An das Büro ist an Stelle des ausscheidenden Senator Choperan Poincaré gerufen worden.

Eine neue Fraktion im französischen Senat

Paris, 1. Juli. (Drahtbericht.) Die neue Fraktion, von der in letzter Zeit die Rede gewesen ist, hat gestern eine erste vorbereitende Sitzung abgehalten, bei der ein provisorischer Ausschuß ernannt worden ist. Die neue Fraktion wird den Namen tragen "Union démocratique et radicale". Bereits etwa 20 Senatoren, die aus der "Union républicaine" und der linken Demokratie ausgeschieden sind, sind der neuen Fraktion beigetreten.

Teilung der Beute

Paris, 1. Juli. Die Revisionskommission hat in ihrer letzten Sitzung endgültig die Aufteilung des rollenden Materials der ehemaligen österreichisch-ungarischen Reichsbahn unter die Nachfolgestaaten gezeigt.

Eine Schlappe Macdonalds

London, 1. Juli. In einem offiziell unbekannten Punkt des Budgets hat die Regierung gestern im Unterhaus mit 220 gegen 165 Stimmen eine neue Niederlage erlitten.

Der Antrag bei dessen Abstimmung die Regierung in die Minorität gebracht wurde, sieht die Aufhebung der Bestimmung vor, wonach Wohltätigkeitsanstalten der Augustiner unterworfen sind, sofern ihre Kosten 30 Prozent der Einnahmen übersteigen. Zur Niederlage der Regierung erklärte der parlamentarische Berichterstatter des Reuterbüros: Obgleich bisher eine Niederlage der Regierung in Finanzfragen immer als ernste Angelegenheit angesehen worden sei, die entweder eine unverzügliche Vertragung des Hauses oder eine Revision des Regierungspunktes oder den sofortigen Rücktritt des Kabinetts erforderlich mache, müsse man die heutige Niederlage der Regierung, die sieben in dieser Session sei, doch unter den Gesichtspunkten der unzweckmäßigen Erfüllung betrachten, die Macdonald bei der Bildung seines Kabinetts abgegeben habe, nämlich, daß er eine Abstimmung des Hauses nur dann zurückschieben werde, wenn sie ausdrücklich die Vertrauensfrage verneine. Die Regierung habe in dem heutigen Ausschiff der Abstimmung kein Misstrauensvotum, betrachte sich in ihrer Haltung in dieser Frage nicht als gebunden und halte es daher nicht für nötig, in der Fortsetzung der Finanzdebatte eine Unterbrechung einzutreten zu lassen.

Das neue italienische Kabinett

Rom, 1. Juli. Die gestern von Mussolini vollzogene Umbildung des Kabinetts gestaltete sich wie folgt: Minister für öffentliche Arbeiten Caranza, für öffentlichen Unterricht Gentile und Wirtschaftsminister Orlando demissionieren. Der König hat die Demission bereits angenommen. An ihre Stelle treten: Abg. Sarochi, rechtliberal, als Minister für öffentliche Arbeiten, Tasatà für öffentlichen Unterricht, Senator De Rava, Katholische Volkspartei, als Wirtschaftsminister, und Lanca Di Sciona als Kolonialminister.

Zahlkarte über den Julibezugspreis

Mk. 2.35 (einschließlich Bestellung)

und die

Losnummer der M. P. V.

befanden sich

in der gestrigen Nummer.

Bei Nichterhalt sofort reklamieren.

Die oppositionellen Blätter heben hervor, daß die Umwandlung der parlamentarischen Lage nicht entspricht. Mussolini hatte ursprünglich auch die Absicht, eine größere Umwandlung vorzunehmen, infolge der politischen Situation hat er aber seine Neuerungspläne erheblich eingeschränkt.

Regierungskrise in Jugoslawien

Belgrad, 1. Juli. (Drahtbericht.) Ministerpräsident Vatsich hat sich zum König nach Veleno begeben, um dem König die Demission des Kabinetts zu überreichen. Vatsich wird bei dieser Gelegenheit verschiedene Vorschläge machen, welche auf die Lösung der Krise abzielen.

Dr. Seipel

Wien, 1. Juli. (Drahtbericht.) Bundeskanzler Dr. Seipel hat gestern seine erste Fahrt im Wagen unternommen können.

Afrika den Afrikanern

Negypten.

Paris, 1. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Kairo ist Zagul-Pascha vorgestern nach Alexandria gefahren, um dem König seine Demission zu überreichen. Der Ministerpräsident hat in der Kammer als Grund für diesen Schritt auf die schlechten Beziehungen hingewiesen, wonach das Sudangebiet nicht freigegeben werden soll. Der König hat indessen die Demission nicht angenommen.

London, 1. Juli. Im Unterhause erklärte Macdonald mit Bezug auf die englisch-ägyptischen Verhandlungen, er sehe den Vorschlag von Zuverlässigkeit und Erwartung entgegen, müsse aber von vornherein darauf hinweisen, daß das Unterhause niemals einer Abstimmung zustimmen werde, die die englischen Rechte im Sudan preisgäbe und die gegenwärtige Verwaltungsform des Landes gefährde.

Kairo, 1. Juli. Die Kammer hat einstimmig beschlossen, dem König ihren Dank anlässlich seiner Verweigerung der Demission Zagul-Pascas zu übermitteln. 4000 Personen, zum größten Teil Studenten, haben an der Kundgebung teilgenommen, die in Alexandria zu Ehren Zagul-Pascas veranstaltet wurde. Die Manifestanten durchzogen die Straßen mit dem Rufe: Es lebe Zagul-Pascha!

Tripolis.

Konstantinopel, 1. Juli. Eine türkische Zeitung veröffentlicht einen Brief aus Tripolis, wonach dort heftige Kämpfe zwischen italienischen Truppen und Arabern stattgefunden hätten. Die Italiener hätten sich unter schweren Kämpfen an die Küste zurückgezogen.

Kapstadt.

Pretoria, 1. Juli. Das südafrikanische Kabinett hat sich wie folgt gebildet: Herwig, Premierminister und Minister für eingeborenenangelegenheiten, Havenga Finanzen, Beyers Bergwerke und Industrie. Das Kabinett umfaßt außerdem zwei Hauptführer der Arbeitersparte, nämlich Crosswell für Verteidigung und Arbeit, und Bonell für Post und Telegraphie.

Korruption

Brüssel, 1. Juli. Bei der heutigen Reichsvermögensverwaltung sind Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden. Man hat Nebenterwerben eines Händlers in Höhe von 50—100 000 Mark festgestellt. In die Angelegenheit sind noch Angehörige der Reichsvermögensverwaltung verwickelt.

Berlin, 1. Juli. Vor dem großen Strafgericht Charlottenburg fand gestern ein Prozeß statt, der sich mit einer der größten

Luftfahrtfabrik beschäftigte. Angeklagt war der Kaufmann Franz Lüffel, der zuletzt das Generalsekretariat des Unternehmens geleitet hat. Die Beweisaufnahme ergab, daß es sich bei diesem Luftfahrtfabrik um einen grob angelegten Betrieb handelte. Von den eingegangenen sehr erheblichen Beträgen hat auch nicht ein Penny den Gläubiger erreicht. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrenstrafe.

Kassel, 1. Juli. Im Meinedsprozeß gegen den Stadtrat Wittrodt wurde am Montag das Urteil gesprochen. Es lautete wegen zweifachen wissenschaftlichen Meineds auf drei Jahre Buchfahrt und fünf Jahre Ehrenstrafe, sowie auf dauernde Unfähigkeit, als Zeuge und Sachverständiger vor Gericht vernommen zu werden.

Tagung des Reichsparteivorstandes des Zentrums

Berlin, 1. Juli. Der Reichsparteivorstand der Zentrumspartei hielt im Fraktionszimmer des Reichstags eine Sitzung ab, die sich gut bejubelt war.

Der Hauptteil der Tagung des Reichsparteivorstandes galt der Beiproklamation des Vertrittungsbündnisses zwischen Zentrumspartei und Bayerischer Volkspartei. Zu diesem Gegenstand haben bereits mehrere Vorträge zwischen Vertretern des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei stattgefunden. Außerdem wurde auf eine Anregung des Reichstagsablers hin am 21. Juni im Hause des Führers der Bayerischen Volkspartei, des Hochwürdigen Herrn Domkapitular Weicht, eine nähere Besprechung abgehalten. Aus dieser Erörterung, wie aus denen, die jetzt der Reichsparteivorstand pflegt, darf wohl die Hoffnung gehofft werden, daß die enge Zusammenarbeit beider Parteien auch im Parlament wieder herbeigeführt wird. Auf beiden Seiten besteht jedenfalls der Wunsch, über Schwierigkeiten, wie sie sich in den letzten Jahren durch die völlige politische Umwälzung ergeben haben, hinwegzukommen.

Die Tagung des Reichsparteivorstandes beschäftigte sich im weiteren mit Organisationsfragen, aus deren Erörterung sich ergab, daß die Stellung der Partei im Lande festgesetzt ist.

Berlin, 1. Juli. (Drahtbericht.) Die auf Anregung des Reichstagsablers Marx zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei getroffene Vereinbarung, am 12. Juli in Bamberg eine Aussprache über die Zusammenarbeit der beiden Parteien im Parlament herbeizuführen, ist vom Reichsparteivorstand der Zentrumspartei genehmigt worden.

Förderung der Siedlung

Ein Zentrumsvortrag.

Berlin, 1. Juli. Die Zentrumspartei des Reichstages hat einen Antrag eingebracht, in dem die Reichsregierung erfordert wird, zur Sicherung der Volksernährung und zur Förderung der Siedlung alsbald den Entwurf eines Gedankenskatalogs vorzulegen. Verlangt wird, daß Reich und Länder Subventionen darlehen gegen geringen Ansatz und langjährige Tilgung geben. Die Gewährung von Darlehen soll an die Bedingung geknüpft werden, daß für ein abgeschlossenes Gebiet, das auch ein einzelner Hof, Teil einer Gemeinde selbst sein kann, ein Siedlungspläne vorliegen. Pläne, in denen eine Siedlung vorgesehen ist, sollen den reinen Siedlungssichten vorgehen.

Plan eines Zentrumshauses in Berlin

Berlin, 1. Juli. In Berlin ist vor einigen Tagen ein Club der Zentrumspartei gegründet worden, der sich zunächst die Aufgabe gestellt hat, in Berlin ein großes Zentrumshaus zu errichten. Dieses Haus soll der Mittelpunkt für das partizipative und gesellige Leben in der Reichshauptstadt bilden.

Berliner Devisenkurse vom 1. Juli (amtlich)

mitgeteilt von unserem Berliner Börsenvertreter (Drahtbericht). Die Rektionen erfolgten vom 4. Juli ab in 100 Einheiten der ausländischen Währung, ausgenommen England und Amerika, die mit 1. Hundert beginnen. 1. Hundert nicht mit 100 Mio. (Notierungen in Millionen = Goldmark.)

Telegraphische Auszeichnung auf	%	1. 7.		30. 6.	
		Geld	Brief	Geld	Brief
Kopenhagen	167,51	168,29	167,70	168,30	
Brüssel	19,15	19,25	19,35	19,45	
Christiansia	56,98	57,34	56,24	56,04	
Dresden	65,58	66,32	66,43	66,77	
Göteborg	111,02	111,68	111,12	111,68	